



Pressemitteilung

Vorstand von "Mit uns für Baden-Württemberg" führt Gespräche mit EU-Kommissar Oettinger und dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Wieland

Energiewende und Klimaschutz als Hauptthemen - Oettinger: "Partnerschaftliches Zusammenwirken von kommunalen und überregionalen Energieversorgern nötig"

Um Energiewende und Klimaschutz ging es bei Gesprächen, die der Vorstand des Vereins "MIT UNS für Baden-Württemberg" am 8. Mai in Brüssel mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, und EU-Kommissar Günther Oettinger führte. Dabei ergab sich für die fünfköpfige baden-württembergische Delegation auch die Möglichkeit, den hohen EU-Repräsentanten die Aktivitäten und Zielsetzungen des Vereins vorzustellen. Energiekommissar Oettinger ging auf die EU Perspektive ein. Zufrieden über das Ergebnis des Brüssel-Besuchs zeigten sich auch die Vorsitzende Heidi Holzhay und ihr Stellvertreter, Staatssekretär a.D. Matthias Kleinert. "Nach dem intensiven Meinungsaustausch", so Kleinert, "ist Mit uns für Baden-Württemberg nun auch auf europäischer Ebene angekommen".

Wie eine nachhaltige, sichere und verantwortungsvolle Energieversorgung gestaltet und was getan werden kann, damit die Kosten der Energiewende nicht aus dem Ruder laufen - das waren Kernfragen in der Unterredung im Berlaymont-Gebäude, dem Hauptsitz der EU-Kommission. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und jetzige EU-Kommissar Oettinger kennt beide Seiten des ehrgeizigen Energiewende-Projekts, die nationale und die europäische. Und so klingt es wie eine besorgte Mahnung an die Berliner Politik, wenn er darauf hinweist, dass Deutschland schon jetzt zu den weltweit teuersten Strompreis-Standorten gehört. Weitere signifikante Kostensteigerungen, so seine Überzeugung, könnten hierzulande zu wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen führen.

Auch europapolitisch sieht Oettinger die Bundesregierung vor großen Herausforderungen. Mit dem Beschluss, in kurzer Zeit vollständig aus der Kernenergie auszusteigen, habe sich Deutschland auf dem europäischen Strommarkt weitgehend isoliert. Umso wichtiger sei es deshalb, sich wenigstens beim Ausbau der Stromtrassen mit den Nachbarländern eng zu

vernetzen, was bisher aber auch noch nicht im erforderlichen Umfang geschehen sei. Und gar kein Verständnis hat der oberste europäische Energiepolitiker für Diejenigen, die nach dem Ausstieg aus der Kernenergie jetzt auch "Kohle, nein danke!" rufen. Man könne nicht alle zur Grundlastversorgung notwendigen Energieträger abschalten und gleichzeitig eine tragfähige alternative Versorgungsstruktur verteufeln, gab Oettinger zu bedenken. Energiewende und Stromwende seien ein und dasselbe, die eine Entwicklung werde nicht ohne die andere gelingen.

Auch im Denken und Handeln der beteiligten Akteure muss sich nach seiner Überzeugung vieles ändern. Nicht nur auf europäischer Ebene sei ein gemeinsamer Strommarkt notwendig, vor Ort müsse ebenfalls energiepolitisch stärker kooperiert werden. "Ohne ein partnerschaftliches Zusammenwirken von kommunalen und überregionalen Energieproduzenten geht es nicht", betonte Oettinger. Durch die hohen Subventionen und Abnahmeverpflichtungen für erneuerbare Energieträger sei die Lage am Strommarkt extrem angespannt. Wer glaube, daraus einseitig Vorteile ziehen zu können, säge am eigenen Ast und gefährde das ganze Projekt eines ökonomisch verantwortbaren Umstiegs auf erneuerbare Energien.

Dass ihm der Klimaschutz am Herzen liegt, machte der EU-Kommissar auch mit dem Hinweis auf das im März von der Europäischen Kommission verabschiedete Grünbuch zur Klimapolitik deutlich. Zwar müsse es im Detail noch ausgearbeitet werden, doch werde die Kommission an der Pflicht der EU-Mitgliedsländer zu einem weiteren Abbau der CO₂-Emissionen über 2020 hinaus nicht rütteln lassen. Bis 2020 müssen die Kohlendioxid-Emissionen europaweit um 20 Prozent gesenkt werden. Deutschland wird sich nach Oettingers Meinung schwer tun, diese Marke ohne den Bau neuer Gaskraftwerke zu erreichen.

Das Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland drehte sich ebenfalls um zentrale Fragen der Klima- und Energiepolitik. Wieland verwies darauf, wie unterschiedlich die energiepolitischen Auffassungen in der EU, die 30 Prozent ihres Strombedarfs durch Kernkraft deckt, sind. Hier zu abgestimmten politischen Entscheidungen zu kommen, sei äußerst schwierig, angesichts des weltwirtschaftlichen Drucks, den die USA und China auf Europa ausübten, aber unverzichtbar. Auch Wieland appellierte an die Bundesregierung, in der Energiepolitik keine Insellösung anzustreben, sondern den Schulterschluss mit den europäischen Nachbarn zu suchen.

Für den Vorstand von "Mit uns für Baden-Württemberg" ist die Aufmerksamkeit, die ihm in Brüssel zuteil wurde, ein weiterer Beleg dafür, dass die Bemühungen des Vereins, eine breite Bürgerplattform für energie- und umweltpolitische Fragen zu bilden, mittlerweile auch außerhalb des Landes registriert werden. "Wir nehmen das als Ansporn, noch mehr

zu tun", sagte die Vorsitzende Heidi Holzhay. "Die Energiewende geht uns alle an, weil sie einen großen Einfluss darauf hat, wie wir in Zukunft leben werden".

Pressekontakt:

Heidi Holzhay

Mobil 0173 3023722

Email info@mit-uns-bw.de

www.mit-uns-bw.de